

14. April

107

Jurisdiktion in Wien.

In dem vorliegenden Obstand, Verfügung des Nachlasses brachte Hr. Dr. [Name] dem Colaps des R. K. Justizministeriums vom 24. Februar 1898 betreffend die Stellung der Staatsverwaltung zu dem Aufsicht der [Name] unter Wien im Hinblick auf die Jurisdiktion in Wien zur Kenntnis. Der Colaps hat folgendes Inhalt:
Das ursprüngliche Aufsehen der Gemeinde Wien, bezogen auf die Aufsicht des Gemeindeausschusses vom 2. Oktober bezüglich für das W. [Name], hinsichtlich der Aufhebung der Jurisdiktion, welches sich nicht bloß auf die nun dem Juristen, zuletzt vom 4. Dezember 1852 bestätigten Juristen, sondern auch auf die nun §§ 59 und 60 der Gemeinde-Ordnung zu einem Aufsicht, betriebe im Umfange dieser beauftragten Justizorganen, Hochschulen von etc., nicht des täglichen Gebrauches in, mit Ausnahme jener, anderer bezogen, und vor allem unter lokalen [Name]

Juristenberechtigung
im Sinne des § 12
des Juristen-Statut-
Gesetzes vom Jahr
1894 n. 1897) an.
Unberührt in
Wien domiciliaus
Personen offen lassen
soll.

Im Hinblick auf
die [Name] Verfügung vom
Juristenverbot für
einige Landesgericht,
Städt (insbes. Linz
n. Prag) gemachten
Erklärungen über
die Tätigkeit eines
solchen Arbeiters,
dieser mal mehr selbst
die [Name]lichen
Arbeitsstellen sich
bestimmt befinden,
auf eine gewisse,
die [Name]lichkeit
des Arbeiters im
objektiven oder
subjektiven Sinn,
sich einzustellen,
denn auf die be-
stehende Möglichkeit
n. Folgen der
Bedeutung eines
Juristenverbot
für die Kreisgerichte
n. Bezirksgereichte
Wien, ferner auf
den Umstand, daß
die von der [Name]
Wien beauftragt
Erklärung, daß
dieses auch [Name]
gute des Juristen-
verbotes gleichwohl

bedürftigen Person,
man, mehr in Wien
domicilianten, am
lokalen Juristenverbot,
Lizenzverbot
dieser, z. B. in dem
Gesetz eines
Juristenverbotes vom
Jahre, dem Juristen-
verbot vom Jahr
1852 jedoch freud-
lich, und in der
Erklärung, daß
der Statutentwurf
über den Juristen-
verbot im Obigen,
ordentlich
man [Name]lich,
bringt in der [Name]
die [Name] eines
Juristenverbotes
für Wien auf
Grund des Juristen-
verbotes n. J. 1852
als nicht mehr
gültig
n. [Name]lich
in [Name]
zeitlichen nicht
unmöglich, ein
Juristenverbot für
Wien auf den
beauftragten [Name]
Lage (Juristen-
verbot) [Name],
geben.

Im [Name] bemerkt
das [Name] - Mi-
nisterium, daß das
verbotene Juristen-
verbot [Name]
vornehmlich
zuletzt n. J. 1852
als in jenen

14 April

107

befindliche Helven
in den Ort fallen über,
tragen zu lassen. (Aug.)

Das Projekt für einen
Kanalbau in der Gasse,
Koenigsplatz in Gasse,
Lau - Kofmannsforden,
mit 12 528 fl - wird
genehmigt.

Einem Ansuchen
um Aufhebung des
Lohnausmaßes für
den Lohn eines gewis-
senigen Volkspolizisten,
gleichfalls auf dem
Kofmannsplatz wird
Folge gegeben.

Das Projekt für
den Kanalbau in
der Dampffordengasse
in Gasse - Kosten
9.060 fl - und für
die Wasserversorgung
dortselbst - Kosten
10.000 fl - wird genehmigt.

Worauf ist jedoch
die Überzeugung der
Kommission ^{der} offenbar
nicht eingezogen,
den Ausschuss mit
offenem Geist davor
zu warnen.

W.R. Grünbeck b.,
verträgt das Pro-
jekt für die Regu-
lierung der Gat-
tenengasse in Gasse
müsst dem Helven,
gebäude Gasse
der Novotelin
der Huthaus mit
einem Kostenaus-
schnitt von 6378 fl
zu genehmigen. (Aug.)

Der Bericht über den
Gang der Regierung
(unrichtig) ist
nicht, folgt zu kommen.